

Riesfaer und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Redaktionsstelle
Tageblatt Riesa,
Gummler Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Gersdorf, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen befähigter bestimmt Blatt.

Postkonton
Dresden 1892
Stroßacker
Riesa Nr. 22.

Nr. 800.

Sonnabend, 28. Dezember 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Kammer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Zeile mit 100 Gold-Pfennigen, zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontants zahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Schüler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Riesfaer oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gießstraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Abgrenzung der Kompetenzen.

Die beiden neuen Minister, die uns zu Weihnachten besetzt wurden, können jetzt nach den Feiertagen mit frischer Kraft an die Arbeit gehen. Das ist nun freilich eine schwierige Arbeit, um die so leicht keiner beneidet wird. Der neue Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat sich nach Dr. Stresemanns Tod zunächst als Reichswirtschaftsminister in seine Zugehörigkeit zum Reichskabinett einleben können. Er steht im rühmlichen Alter, 1878 in Köln geboren, wo er als Professor für Versicherungswirtschaft mit großen Zahlen und schwerwiegenden finanziellen Verantwortungen umgehen lernte. Der Sozialist Robert Schmidt, Klavierhändler und dann Fortwärts-Redakteur, kommt auch nicht als Neuling. Er war schon einmal 1919 und dann 1928 Minister. Er ist immerhin schon 66 Jahre alt und körperlich leidend. So bedeutet sein drittes Ministeramt für ihn persönlich auf alle Fälle eine harte Zumutung. Die Widerstände, mit denen die neuen Minister zu kämpfen haben werden, sind aber nicht etwa nur materieller Art. Es gilt auch einen persönlichen Kampf um die Macht. Dr. Hilferding's Rücktritt bedeutete ja, worüber alle Hoffentlichsformeln der Verabschiedung nicht täuschen können, eine Kapitulation vor dem Reichsbankpräsidenten. Der steht also jetzt noch auf seinem Posten, als Sieger über das Reichskabinett sich doppelt stark fühlend, und so dürfte und so mußte auch die weiteren Kompetenzkonflikte bringen, bei denen sich schließlich entscheiden muß, wer in Deutschland regiert: ob der Reichsfinanzminister oder der Reichsbankpräsident der stärkere Mann ist; ob sich die Diktatur des letzteren gegenüber Reichstag und Reichsregierung noch behaupten kann.

Mit Dr. Hjalmar Schacht ist jedenfalls nicht gut Kirjden offen. Er bringt schon von Hause aus ein hartes Selbstbewußtsein mit, das in seinen bisherigen Stellungen nur noch wachsen konnte. 1877 geboren, lebt er auch in dem Alter, wo die männliche Schöpfungskraft auf Grund gereifter Erfahrung am stärksten nach Einfluß und Betätigung drängt. Daß Dr. Schacht mit seiner Präsidenschaft in der Reichsbank noch durchaus nicht verbriedet ist, ist öffentliches Geheimnis. Als Direktor verschiedener großer Banken läßt auch er sich im Reiche der großen Zahlen durchaus heimisch an und wird sich von keinem Reichsfinanzminister imponieren lassen. Er mußte 1924 die Reichsbank nach dem Sachverständigenrat der Dameskommission umorganisieren. Danach steht er in der Hauptsache als sein eigenes Werk an. Er wirkte bei der Stabilisierung der deutschen Währung wie bei der Damesanleihe mit. Die demokratische Partei vermochte seinem Ehrgeiz nicht zu genügen, und so benutzte er die Frage der Fiskusentlastung zum Austritt. Starke demokratische Reigungen konnte man von seiner politischen Stellungnahme und von der Art seines Auftretens eigentlich niemals ableiten. Für seine Art ist vielmehr kennzeichnend, wie er kürzlich mit seinem Memorandum eine Bombe auf die Reichsregierung schleuderte und den Freunden des Jugenbergschen Volksgedehrens einen nicht unwesentlichen Belegstein erwarf. Der von ihm herausgeforderte und in der schroffen Form durchgeführte Zusammenstoß mit der Reichsregierung hat letztere ohne Zweifel empfindlich getroffen und sie wird in der nächsten Zeit bemüht sein müssen, ihr ramponiertes Ansehen wieder herzustellen. Der Konflikt mit dem Reichsbankpräsidenten ist also durch Hilferding's Rücktritt keineswegs etwa erledigt, sondern nun erst in sein akutest Stadium eingetreten.

Man wird für die Zukunft immer damit rechnen müssen, daß die überaus starke Stellung des Reichsbankpräsidenten mit derjenigen des deutschen Reichsfinanzministers in Konkurrenz treten kann. Wo beide Männer sich einig sind, wird man von der Gefahr dieser finanzpolitischen Kompetenzverteilung nichts merken. Sobald aber ein Reichsbankpräsident in politischen Dingen seinen eigenen Kopf hat, wird es laut der Bestimmung der Reichsbank und mehr oder weniger bewußte Sabotage von der einen oder von der anderen Seite geben. Schon in der gewaltigen Nachkriege, die dem Reichsbankpräsidenten geschwächt angewiesen ist, liegt eine Versuchung für jeden ehrgeizigen Kopf. Um also ein ähnliches trauriges Schauspiel, wie es die Ultimotriebe des Reiches bot, in Zukunft zu vermeiden, müßten die Zuständigkeiten des Reichsbankpräsidenten geschwächt unbedingt für unzulässig werden. Er müßte zum mindesten verpflichtet sein, keine von den Anschauungen des Reichskabinetts abweichenden Anschauungen zunächst erst diesem in angemessener Form vorzulegen. Denn die Reichsregierung soll doch nun einmal die höchste Autorität im Staate sein. Diese Autorität erschüttern, heißt den Staat erschüttern, ganz einerseits, von welcher Seite aus der Stoß erfolgt. Ferner müßten Formen gefunden werden, die auch den Reichsbankpräsidenten für die von ihm verfolgte Politik irgendwie verantwortlich machen. Jetzt a. B. würde die Reichsregierung durchaus richtig handeln, wenn sie den Kritiker Dr. Schacht als Hauptdelegierten zur Haager Schlusskonferenz entsandte. Er wird dann selbst erleben und der Welt zeigen, daß es leichter ist, hundertprozentige Erfüllung politischer Wünsche zu fordern, als sie im Verhandeln mit dem politischen Gegner praktisch durchzuführen. In ähnlicher Weise müßte ein kritisch veranlagter Reichsbankpräsident auch zur persönlichen Auseinandersetzung mit Parlament und Partei verpflichtet werden können. Kein Staat kann zwei Köpfe haben. Will man nicht den Reichsbankpräsidenten zum Finanzdiktator des Reiches heranwachsen lassen, dann ist die Festlegung seiner Kompetenzen eine der dringlichsten Aufgaben, die nun äußerlich wieder hergestellten Reichskabinetts.

Große Kammermehrheit für Briands Außenpolitik.

Ein unbekanntes Dokument Fochs. — Briand in großer Erregung. — Sardien verteidigt den Versailler Vertrag.

Briands neueste Verständigungsrede.

Wenn man unmittelbar vor dem Zusammentritt der Haager Schlusskonferenz Betrachtungen außenpolitischer Natur anstellt, dann kann man nicht an der jüngsten Kammerrede Briands vorbeigehen. Was der französische Außenminister in seinem Redebezug mit der Opposition ausgeführt hat, muß gerade in Deutschland tiefen Eindruck machen. Briand verteidigte nochmals offen und ehrlich die Politik der Verständigung gegenüber Deutschland, die ihm offenbar als die einzig mögliche Politik erscheint. Man kann es gar nicht oft genug unterstreichen, daß der verantwortliche Leiter der französischen Außenpolitik erneut ein vorbehaltloses Bekenntnis zur Idee von Locarno abgelegt hat. In den Ohren der französischen Nationalisten mag es ja wenig angenehm geklungen haben, als Briand der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß man ein Volk von 66 Millionen nicht dauernd unter Zwang halten könne. Diese Worte hätte auch ein deutscher Minister sprechen können. So war Briands Rede — trotz mancher Verurteilungsspielen für die nationalpolitische Opposition — eine einzige Anklage gegen den Geist der Gewaltspolitik, von dem ein Teil des französischen Volkes auch heute noch beherrscht ist. Briand beschränkte sich aber in seiner anderthalbstündigen Rede nicht nur auf die Verteidigung seines Kurses, sondern er ging zum Angriff über, indem er den Oppositionellen die drohenden Worte zurief, daß er, wenn es nötig sei, für seine Politik auch außerhalb des Parlamentes kämpfen werde.

Man sieht, Briand läßt sich durchaus nicht alt, er hat noch das Temperament eines jungen stürmischen Kämpfers, dessen Kräfte noch lange nicht erlahmt sind. Freilich sind wir weit davon entfernt, die Gefahren zu übersehen, die selbst einem Briand drohen. Außerdem muß man bei ihm stets mit Ueberzählungen rechnen. Unbeschadet dieser Möglichkeiten ist es aber doch erregend, daß sich Briand kurz vor der Haager Konferenz nochmals auf das Rednerpodium begeben hat, um nicht nur seinem eigenen Volk, sondern auch der ganzen Welt zu sagen, worunter die Völker in der Vergangenheit am meisten zu leiden hatten. Hoffentlich wird sich das auch in den kommenden Haager Verhandlungen im günstigsten Sinne auswirken. Voraussichtlich wird es im Haag hinter den verschlossenen Türen der Konferenzimmersionen noch zu mancher barten Kampfaberzeugung zwischen Gläubigern und Schuldner kommen, doch ist schon viel gewonnen, wenn die verantwortlichen Staatsmänner der Alliierten den Geist atmen, durch den sich die jüngste Rede Briands auszeichnet hat. Ist der Wille wirklich so stark wie die Macht der Worte, dann muß sich sicher ein Weg finden lassen, auf dem die Nationen bis zur endgültigen Befriedung Europas weiterreiten können.

* Paris, 17. Dezember. Am Schluß der Vormittags Sitzung kam es in der französischen Kammer zu einem neuen schweren Zusammenstoß zwischen Außenminister Briand und den Abgeordneten Franklin-Drouillon und Reibel, die behaupteten, daß der verkündete Marschall Foch die Rheinlandbesetzung als eine Sicherheitsgarantie angesehen habe.

Reibel verlas eine Note, die Foch angeblich im November 1920 dem Präsidenten der Republik und dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré überreicht haben soll. Briand erklärte unter der größten Unruhe der Kammer, von dieser Note keine Kenntnis zu haben. In höchster Erregung rief er unter dem Beifall eines großen Teiles der Abgeordneten seinem Gegner zu, er könne sich nicht denken, von wem Reibel die Note erhalten habe. Das von Foch unterzeichnete Dokument sei ihm als Außenminister bisher nicht vor Augen gekommen. Wenn Reibel jetzt die Erzählung eines solchen Schriftstückes erzähle, sei er, Briand, verpflichtet, auf gewisse Fragen zu antworten, was sehr folgenreich sein könne, und wofür Reibel die Verantwortung trage. Es sei undenkbar, daß ein Marschall, in dem jeder das größte Vertrauen setze, Noten verlasse, die dem Präsidenten der Republik übergeben und nicht darüber dem Außenminister mitteile, und eines Tages komme nun ein Abgeordneter und werfe ein solches Schriftstück in die Aussprache. Fürwahr, eine traurige Angelegenheit! So schloß Briand unter dem Beifall der meisten Kammermitglieder.

Im Laufe der Nachmittags Sitzung hielt Sardien eine Rede. Die Aufgabe der Regierung im Haag werde es sein, das begonnene Werk jetzt zu vollenden. Deutschland solle eine Reihe von Vorteilen erhalten, das Rheinland solle geräumt werden. Bei der ersten Haager Konferenz sei es den Franzosen gelungen, den Youngplan zu retten. Ueber das Rheinland sei ein Protokoll abgefaßt worden, das weder für Deutschland noch für Frankreich günstig gewesen sei, doch habe die Räumung der dritten Zone noch nicht begonnen. Auch Snowden habe nicht alles erhalten, was er im Namen Englands verlangen habe und sei trotzdem in London mit Triumph empfangen worden. Man dürfe erwarten, daß die zweite Haager Konferenz geringere Schwierigkeiten bieten werde, als die erste. Frankreich werde aber an folgenden Forderungen festhalten müssen:

1. Die Unteilbarkeit der ungekündigten deutschen Jahresraten mit allen ihren Folgerungen;
2. fordert Frankreich, daß an die Stelle der militärischen Besetzung die wirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands zur Erfüllung der Youngpläne gesetzt werden.
Sicherlich werde der Friede nicht besser als auf diese Weise gesichert werden können. Die Kammer könne überzeugt sein, daß die Vorbereitungen zur Konferenz mit großer Sorgfalt getrieben worden seien. Sardien kam dann auf den Versailler Friedensvertrag zu sprechen und erklärte, daß er sicherlich eine Menge von Lücken aufweise, doch dürfe man nicht vergessen, daß er Frankreich alles gegeben habe, und vor allem Eliaß und Lothringen bereitet habe. Clemenceau gebühre der Dank aller Franzosen, sechs Monate lang die französischen Interessen in Versailles vertreten zu haben. Hätten denn Frankreichs Verbündete alles erhalten, was sie forderten? Man dürfe nicht vergessen, daß es 1870 nur einen Sieger gegeben habe, 1919 dagegen sechs.

Die Regierung Sardien — Briand erhält das Vertrauensvotum.

* Paris. Ministerpräsident Sardien beschloß seine Rede mit folgenden Ausführungen: Die Enthaltungen des Abg. Reibel über die Denkschrift Foch seien von diesem schon im Juli 1929 andeutungsweise benutzt worden. Es wäre klüger, sich an die Veröffentlichungen des Gelbbuches zu halten und nicht das Vertrauen der Militärführer zu mißbrauchen, insbesondere, wenn sie bereits gestorben seien. Die Auffassung des Generals Foch habe geschwankt. Sardien habe er die Annexion des Rheinlandes verlangt, dann dessen Befestigung, und zwar bald unter diesen, bald unter jenen Bedingungen, doch habe er auch behauptet, daß er für den Fall, daß genügende Garantien gegeben würden, das Rheinland verlassen wolle. Es sei an der Zeit, derartige Niederchriften zu vergessen und in die Zukunft zu blicken, statt fest in die Vergangenheit zu schauen. Die Regierung müsse der Befestigung der dritten Zone keine große militärische Bedeutung bei, jedoch eine um so größere psychologische. Im übrigen hänge es fest, daß, wenn im Haag die Schlussverträge nicht unterzeichnet würden, auch das Rheinland nicht geräumt werden würde. Wenn die Kammer meine, daß die Regierung weder nach London noch nach dem Haag gehen solle, so solle sie es heute noch sagen, damit die neue Regierung noch Zeit habe, sich für neue Zeiten vorzubereiten. Ministerpräsident und Außenminister würden aber unter allen Umständen zusammenhalten.

Hierauf sprach der sozialistische Abg. Renaudel, der der Regierung empfahl, die gleiche Außenpolitik mit einer anderen Kammermehrheit zu betreiben. Der Abg. Gerroll erklärte, daß die Radikalsozialisten sich der Abstimmung enthalten würden.

Nach kurzen Ausführungen des Berichterstatters wurde zur Abstimmung über den Paragraphen 1 des ersten Kapitels des Haushalts des Außenministeriums geschritten, zu dem die Regierung die Vertrauensfrage gestellt hatte. Die Abstimmung brachte eine Mehrheit von 243 gegen 17 Stimmen für die Regierung bei 28 Enthaltungen.

Die Kammer beschloß hierauf, am Sonnabend nachmittags über zwei Sondergesetzentwürfe zu beraten, von denen der eine dem Marineminister, der andere dem Staatskredit für die Befestigungsarbeiten an der Grenze gestellt. Der Haushalt des Außenministeriums sollte bereits in der Nacht von Freitag auf Sonnabend erledigt werden. Man erwartet ferner zwei Zwischenfälle oder bedeutungsvolle Reden mehr.

11 Paris. Die Presse bezeichnet einmütig das gestern von der Kammer der Regierung ausgesprochene Vertrauen als glänzenden Sieg des Kabinetts Sardien, selbst nationalpolitische Blätter freuten diesen Sieg nicht ab.

Sardien fordert für die Londoner Konferenz das Vertrauen der Kammer.

* Paris. Die Kammer Sitzung am Freitag fand an Lebhaftigkeit der Donnerstagssitzung nicht nach. Ministerpräsident Sardien hat am Donnerstag mitgeteilt, die Regierung werde nicht nach London gehen, ohne vorher noch einmal die Vertrauensfrage zu stellen, damit auch die Kammer einen Teil der Verantwortung trage und nicht etwa Abgeordnete der Mehrheitspartei einfach die Initiative übernehmen könnten, um die Politik der Regierung zu verurteilen. Da die Vertrauensfrage nicht grundlos gestellt werden kann, wird einer der Abgeordneten einen Antrag einbringen, der darauf hinausgeht, die Ministerpräsidenten mit 100 Franken zu kürzen. Ministerpräsident Sardien wird hierauf eine grobansässige außenpolitische